

**Antrag 77/II/2018****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen für pflegebedürftige Menschen in Berlin sofort besser nutzbar machen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und  
2 des Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür ein-  
3 zusetzen, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesell-  
4 schaften im Zusammenhang mit § 554a BGB auf die Wie-  
5 derherstellungspflichten verzichten und somit dazu bei-  
6 tragen, dass ältere Menschen mit Behinderung auch wei-  
7 ter in ihrer Wohnung leben können. Darüber hinaus wird  
8 der Berliner Senat aufgefordert, mit dem Verband Berlin-  
9 Brandenburger Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) eine  
10 entsprechende Zielvereinbarung abzuschließen.

11

**12 Begründung**

13 Damit pflegebedürftige Menschen in ihrer gewohnten  
14 Umgebung in ihrer Wohnung auch mit Behinderungen  
15 weiter leben und zurechtkommen können, bezuschussen  
16 die Pflegekassen gemäß §45 SGB XI, bauliche Veränderun-  
17 gen wie den barrierefreien Umbau des Bades, die Entfer-  
18 nung von Türschwellen oder das Anbringen von Haltegrif-  
19 fen. Bei Mietwohnungen ist der Vermieter gemäß §554a  
20 BGB „Barrierefreiheit“ zur Zustimmung verpflichtet, so-  
21 lange sein Interesse oder das von anderen Mietern dem  
22 nicht entgegensteht. In den meisten Fällen stimmt der  
23 Vermieter den wohnumfeldverbessernden Maßnahmen  
24 zu, allerdings unter der Bedingung, dass diese Maßnah-  
25 men nach Beendigung des Mietsverhältnisses zurückge-  
26 baut werden müssen bzw. dafür eine angemessene zu-  
27 sätzliche Sicherung zur Wiederherstellung des ursprüngli-  
28 chen Zustands seitens des Mieters zu leisten ist (gemäß §  
29 551 Abs. 3 und 4 BGB). Diese Wiederherstellungsverpflich-  
30 tung seitens des Mieters wird nicht von den Pflegekassen  
31 übernommen und erweist sich in der Praxis als Hemmnis,  
32 gerade für ältere Menschen die wohnumfeldverbessern-  
33 den Maßnahmen in Anspruch nehmen.